

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

30.4.1932 (No. 101)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 955
 und 954
 Postfach
 Nr. 3515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Geschäftsverkehr
 Herr
 C. H. E. H. H.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen tauflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Man schreibt uns:
 Bei der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hat sich im Jahre 1931 sowohl die Zahl der gemeldeten als auch der erstmals zur Entschädigung gekommenen Unfälle erfreulicherweise gehoben. Es wurden in diesem Jahre bei der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 10 909 Unfälle angezeigt gegen 12 071 Unfallmeldungen im Jahre 1930, somit im Jahre 1931 weniger 1162. Erstmals entschädigt wurden im Jahre 1931 5058 Unfälle gegen 6369 Unfälle im Jahre 1930. Im Jahre 1931 kamen mithin 1311 Unfälle weniger zur erstmaligen Entschädigung wie im Vorjahre. An Unfallentschädigungen wurden im Jahre 1931 rund 4 102 900 RM bezahlt, während sich die Gesamtsumme der Entschädigungszahlen im Jahre 1930 auf 4 417 400 RM belief; es wurden somit im Jahre 1931 rund 314 500 RM an Unfallentschädigungen weniger bezahlt wie im Vorjahr. Durch die Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931, betr. die Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, sind ab 1. Januar 1932 an Renten bis einschließlich 20 Proz. der Vollrente 12 696 entschädigte Unfälle mit einer jährlichen Rentenbelastung von rund 900 000 RM in Wegfall gekommen.

Der Vorstand der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hat nach diesen Vorgängen die im Jahre 1932 für das Jahr 1931 umzuliegende Summe voranschlagsmäßig wie folgt festgesetzt:

a) Unfallentschädigungen	3 464 000 RM
b) Kosten der Unfalluntersuchungen, Feststellung der Entschädigungen	214 800 RM
c) Kosten des Rechtsganges	42 400 RM
d) Unfallversicherungsbeiträge	16 000 RM
e) Persönliche und sachliche Verwaltungskosten	225 000 RM
f) Einlage in die gesetzliche Rücklage	5 000 RM
g) Vergütung an die Reichspost für Auszahlung der Unfallentschädigungen	45 000 RM
h) Abfindungen für Unfallrenten zum Erwerb von Grundbesitz	5 000 RM
i) Gebührenten	160 000 RM

An diesem Aufwand von 4 177 200 RM

sind gedeckt durch Einnahmen 40 000 RM

Es sind daher für das Jahr 1931 insgesamt 4 137 200 RM von den Genossenschaftsmitgliedern durch Umlage zu erheben. Im Jahre 1930 wurden rund 6 049 500 RM an Umlage erhoben, wovon allerdings zur Zeit noch 550 000 RM ausstehen. Hiernach kommen im Jahre 1932 nahezu 2 000 000 RM weniger an Umlage zur Erhebung wie im Vorjahre. Der Umlagefuß wurde vom Genossenschaftsvorstand auf 3 RM für je 100 RM Arbeitselement festgesetzt gegenüber 3,55 RM im Vorjahre. Die Entschädigung der Betriebe stützt sich für das Jahr 1931 erstmals auf die durch die Bezirksräte neu festgesetzten Arbeitsbedarfsätze und ergab eine Gesamtsumme von 138 Millionen Reichsmark Arbeitselemente gegenüber 167 Millionen Reichsmark Arbeitselemente im Vorjahre. Die Arbeitswerte haben sich somit um rund 29 Millionen Reichsmark ermäßigt; aus diesem Grunde konnten auch trotz des gegenüber dem Vorjahr um annähernd 2 Millionen Reichsmark geringeren Gesamtbedarfs der Berufsgenossenschaft der Umlagefuß nicht weiter ermäßigt werden.

Man darf aber wohl annehmen, daß die Veranlagung der Betriebe nach den neuen Bedarfsätzen eine gerechtere Verteilung der Lasten für die Unfallversicherung im Besonderen hat und daß dadurch bisher vielfach erhobene Beschwerden über unrichtige Entschädigung von Betrieben künftig wegfallen. Die heutigen Zeitverhältnisse haben es besonders mit sich gebracht, daß an die sozialen Versicherungsanstalten vielfach ungerichtete Ansprüche gestellt werden, und es muß deshalb mit Nachdruck der landwirtschaftlichen Bevölkerung vor Augen geführt werden, daß eine weitere Senkung der Lasten für die Unfallversicherung nur möglich ist, wenn durch genaue Beachtung der Unfallversicherungsbestimmungen die Unfälle nach Möglichkeit eingeschränkt, und wenn insbesondere aber auch durch Abkehr von dem bisherigen Bestreben weiter Kreise, der Berufsgenossenschaft nach Möglichkeit alles aufzubürden, endlich abgegangen wird.

Da die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit Rücksicht auf die verminderte Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft die Beiträge erheblich herabgesetzt hat, darf sie, um mit den geringeren Mitteln auszukommen, künftig im wesentlichen nur noch solche Entschädigungen bewilligen, zu denen eine gesetzliche Verpflichtung besteht. Sie kann also bis auf weiteres Abfindungen nicht mehr bewilligen und in minder schweren Fällen Zeilosten, die innerhalb der ersten 13 Wochen seit dem Unfall erwachsen sind, nicht mehr wie bisher übernehmen; Krankenhäuserkosten, die in dieser Zeit erwachsen sind, in der Regel nur dann, wenn ihre Übernahme sofort beim Eintritt in das Krankenhaus von dem einweisenden Arzt, den Angehörigen oder dem Bürgermeisterrat bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft beantragt wird und die Krankenhäuserbehandlung nach Sachlage notwendig ist; in dem Antrag ist jeweils anzugeben, weshalb es sich um einen Unfall beim Betrieb der Landwirtschaft handelt.

Die Prüfung der Reichspräsidentenwahl. Der Reichsbeauftragte für das Wahlprüfungsverfahren hat bei dem Wahlprüfungsgericht den Antrag gestellt, die am 10. April vollzogene Wiederwahl Hindenburg zum Reichspräsidenten für gültig zu erklären. — Stiller hat Anfechtungsklage beim Reichswahlprüfungsgericht erhoben. Die Anklage stützt sich auf die angeblich mißbräuchliche Verwendung des Rundfunks, sowie auf angeblich verfassungswidrige polizeiliche und sonstige behördliche Maßnahmen.

Letzte Nachrichten

Der Anleiheplan für Arbeitsbeschaffung Eine große Prämienanleihe

BRN. Berlin, 30. April. (Priv. Tel.) Über die geplante große Prämienanleihe zur Durchführung eines umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramms berichtet die „B. Z. am Mittag“ heute verschiedene Einzelheiten. Danach soll eine bestimmte Begrenzung der Prämienanleihe nach oben nicht vorgesehen werden, da es darauf ankommt, so viele Mittel wie irgend möglich — man rechnet mit mehreren hundert Millionen — flüssig zu machen. Die neue Anleihe soll mit einem sehr niedrigen Zinsfuß ausgestattet werden, aber zahlreiche Vorteile erhalten, in erster Linie eine weitgehende Steuerbefreiung. Außerdem wird ein sehr vorteilhafter Gewinnplan aufgestellt und schließlich soll mit der Zurückzahlung bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit begonnen werden.

Die Maßnahme der Regierung zeigt, wie das genannte Blatt noch hinzuzufügen, daß sie das volle Vertrauen der deutschen Wirtschaft hat, aus eigenen Kräften die Mittel aufzubringen, um den festgefahrenen Wirtschaftsapparat wieder in Gang zu setzen.

Völkerbund und japanisch-chinesischer Konflikt

Ordnung der Dinge in Schanghai

WBZ. Genf, 30. April. (Tel.) Die außerordentliche Völkerbundsversammlung für die Erledigung des japanisch-chinesischen Konflikts trat heute Vormittag unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Dymans zusammen.

Der Präsident gab seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zu einem sehr baldigen Zeitpunkt in Aussicht stehe. Gleichzeitig legte der Präsident die Entschädigung vor, die bekanntlich die Einsetzung einer gemischten Kommission in Schanghai vorsieht, die aus den Vertretern der in Schanghai besonders interessierten Mächte sowie Chinas und Japans besteht und gegebenenfalls mit Stimmmehrheit über die Durchführung der von beiden Seiten übernommenen Verpflichtungen entscheiden soll.

Die Versammlung nahm unter Stimmhaltung Japans heute einstimmig die Entschädigung an und vertagte sich sodann bis zu einer neuen Einberufung.

Das Attentat in Schanghai

WBZ. Tokio, 30. April. (Tel.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist es wenig wahrscheinlich, daß der Anschlag im Gongtsewarer Einfluss auf die japanisch-chinesischen Beziehungen haben werde. Die Regierung beabsichtigt nicht, Schritte zu unternehmen, da die Tat auf einem von japanischen Truppen besetzten Gebiet geschah und der Täter Koreaner sei. Die Zeitungen, die alle ihre Empörung und zugleich ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß die Unterzeichnung des Waffenstillstands verhoffen werden muß, zeigen sich im allgemeinen zurückhaltend, da die Beweggründe der Tat noch nicht aufgeklärt sind.

Der Memelkonflikt am 9. Juni vor dem Saag

WBZ. Memel, 30. April. Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Die Sitzung des Internationalen Gerichtshofes im Haag, in der der Memelkonflikt behandelt werden wird, ist auf den 9. Juni anberaumt worden. Der Spruch des Gerichtshofes wird schon für den 9. oder 10. Juni erwartet. Ursprünglich war der Zusammentritt des Gerichtshofes für den Juli vorgesehen. Wenn jetzt die Sitzung schon auf den 9. Juni anberaumt wurde, so bedeutet das, daß der Gerichtshof den Memelkonflikt mit Beschleunigung behandelt.

Reichskanzler Dr. Brüning traf heute, Samstag früh, mit dem fahrplanmäßigen Zug um 7.35 Uhr in Begleitung von Staatssekretär v. Bülow wieder in Berlin ein.

Die Beratungen des Vorstandes der Zentrumspartei, die sich mit den bevorstehenden Aufgaben im Reich und mit den Fragen, die sich aus dem Ergebnis der Landtagswahlen, namentlich der Freiwahl, ergeben, begannen heute Samstag Vormittag in Berlin. Die Verhandlungen werden in strengster Vertraulichkeit durchgeführt.

Noch keine Entscheidung in der Amnestiefrage. Zu Meldungen, über einen beabsichtigten Amnestieerlass des Reichspräsidenten anlässlich seiner erneuten Amtübernahme erfahren wir vom Reichsjustizministerium, daß die zuständigen Stellen dieses Ministeriums zu der Anregung des Reichspräsidenten auf Erlass einer Amnestie noch nicht endgültig Stellung genommen haben.

Vortsetzung der Genfer Besprechungen. Die deutsche, englische, amerikanische, italienische und französische Delegation haben am Freitag in Genf ein gemeinsames Kommuniqué ausgeben, in dem das Einverständnis darüber betont wird, daß die zwischen den Delegationsführern eingeleiteten Unterredungen baldmöglichst wieder aufgenommen werden müßten. Es ist beabsichtigt, daß ihre Wiederaufnahme innerhalb der nächsten 14 Tage stattfindet.

* Zur politischen Lage

Stimson's Mißerfolg

Die Amerikaner sind sicherlich keine schlechten Politiker. Aber mit Frankreich haben sie bisher doch eine bittere Enttäuschung nach der anderen erlebt. Herr Hoover mußte es dulden, daß Frankreich ihm eine gehörige Portion Wasser in den Wein seiner Weltmoralpolitik schüttete, und der amerikanische Präsident mußte auch, als er das politische Fazit des Lavalschen Besuchs in Washington zog, feststellen, daß alle Arbeit und alle Mühe vergebens gewesen waren, daß dieser Besuch auch nicht das winzigste positive Ergebnis gehabt hatte.

Auf der Abrüstungskonferenz war es wiederum Frankreich, welches, vertreten von Herrn Lardieu, den amerikanischen Antrag auf Beseitigung der Hauptangriffswaffen bekämpfte und eine Vertagung der Entscheidung darüber durchdrückte. Und als jetzt der amerikanische Staatssekretär des Außeren, Herr Stimson, in eigener Person nach Genf eilte, um dort ein großzügiges Arrangement zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, ertilt Amerika einen neuen Mißerfolg: Lardieu entzog sich jeglicher Verhandlung und blieb hübsch in Paris. Ein Teil der Pariser Presse aber befristigte Herrn Stimson noch extra diesen Mißerfolg, indem sie in Sarkastischen Wendungen Herrn Stimson verpötelte, der in seiner Naivität geglaubt habe, im Sandumdrehen durch eigenes Eingreifen das für Frankreich wichtigste Problem lösen zu können.

Herr Stimson's Reise nach Genf war trotzdem sehr gut gemeint, und Deutschland hat alle Veranlassungen dankbar zu sein. Gatten schon vorher wichtige Besprechungen zwischen Macdonald, dem italienischen Außenminister Grandi und dem deutschen Reichskanzler Dr. Brüning stattgefunden, so erhielten diese Besprechungen durch die Teilnahme Stimson's noch besondere Bedeutung. Wie es scheint, hatte sich in wichtigen Fragen eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung zwischen den vier Herren ergeben. Und es kam jetzt nur darauf an, auch den französischen Ministerpräsidenten an den Verhandlungstisch zu bringen, um hier eine wirklich brauchbare und Dauer verheißende Verständigungsgrundlage zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen.

Herr Lardieu aber erschien nicht; er bekam im richtigen Augenblick ein sehr ernstes Kehlkopfleiden, das ihn allerdings nicht hinderte, den Besuch von Boten in Paris zu empfangen und sich mit ihnen photographieren zu lassen. Geglaubt hat an den Ernst dieses Leidens in Genf kein Mensch. Lardieu hat nicht nach Genf kommen wollen, weil er die Übereinstimmung der anderen fürchtete und einer Besprechung ausweichen wollte, die entweder die Abkehr Frankreichs von seiner bisherigen Politik bringen, oder die Isolierung Frankreichs vor der ganzen Welt dokumentieren mußte. Zumal vor den Wahlen konnte man so etwas nicht gut gebrauchen. Und deshalb gab Herr Lardieu Herrn Stimson einen Korb.

Denn so ist der ganze Vorgang schließlich zu beurteilen. Amerika hat in Genf einen diplomatischen Mißerfolg erlitten. Und Frankreich ist es, bei dem es sich dafür zu bedanken hat. Alle in Genf weilenden Staatsmänner haben das Recht, über die Abgabe Lardieus erzürnt zu sein. Der amerikanische Staatssekretär des Außeren aber hat noch besondern Anlaß zum Ärger. Denn die französische Politik hat ihm bescheinigt, daß auch Amerikas Einfluß und das persönliche Ansehen, das Herr Stimson genießt, absolut nicht genügen, um die französische Politik jetzt schon zu einem Einlenken zu bewegen. Für das amerikanische Selbstgefühl ist das schmerzhaft genug.

Deutschland und die Abgabe

Reichskanzler Dr. Brüning hat angeichts der Abgabe Lardieus das getan, was ein besonnener und vorichtiger Staatsmann in dieser Lage tun müssen: er hat in seiner Erklärung vor der Presse den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage nochmals mit aller Entschiedenheit betont und auch hinsichtlich der Reparationsfrage darauf hingewiesen, daß man hier den Tatsachen ins Gesicht zu sehen habe. Daneben hat Dr. Brüning aber ausdrücklich davor gewarnt, sich nun gleich entmutigen zu lassen, weil die Probleme nicht ganz so schnell gelöst werden können, wie man es gewünscht hätte. Die französische Abgabe bedeutet ja schließlich immer nur eine Vertagung um einige wenige Wochen. Nach Pfingsten

wird auch Frankreich an den Verhandlungstisch kommen. Die Probleme vertragen eben, wie auch der Kanzler mit allem Nachdruck hervorhob, einen längeren Aufschub nicht mehr.

In eindringlicher Weise hat Dr. Brüning gemahnt, nun endlich Schluß zu machen mit dem jetzt herrschenden Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden. Und seine Worte, daß man nie vergessen dürfe, daß die erregte politische Stimmung in Deutschland in erster Linie auf die wirtschaftliche Not und auf die vielen Enttäuschungen in außenpolitischer Beziehung zurückzuführen sei, sind nicht zum wenigsten an Frankreich gerichtet, an daselbe Frankreich, das sich am meisten über das Anwachsen des Nationalismus in Deutschland aufregt.

Die Wahlen des letzten Sonntag

Die Landeswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Hamburg haben die Parteien vor eine außerordentlich schwierige Situation gestellt. Die bisherigen Regierungsmehrheiten sind dahingeshwunden, und die Aussichten auf die Bildung neuer Mehrheiten sind einstweilen gering bzw. außerordentlich erschwert. Und dennoch müssen regierungsfähige Mehrheiten gebildet werden. Denn kein Land wird es dahin kommen lassen wollen, daß schließlich vom Reich eingegriffen wird, um eine Fortführung der Regierungsgeschäfte zu garantieren.

Die Situation ist geradezu ein Appell an alle föderalistisch denkenden Parteien und Volksgenossen, sich nun zusammenzufinden, um ein Eingreifen des Reiches zu vermeiden, da ein derartiger Akt naturgemäß sachlich und moralisch eine Stärkung des Zentralismus und Unitarismus bedeuten würde.

Was Bayern betrifft, so bräuhete man von vornherein um die Betonung dieses föderalistischen Gedankens nicht bange zu sein. Dort haben sich im Wahlkampf eigentlich alle Parteien als „Vorkämpfer für Bayerns Lebensrechte“ bezeichnet. Und ganz besonders haben sich dabei neben der Bayerischen Volkspartei die Rechtsparteien hervorgetan. Aber auch die Staatspartei und die Sozialdemokraten haben sich im föderalistischen Sinne betätigt. In einem sozialdemokratischen Flugblatt hieß es wörtlich: „Ein freies Bayern im Deutschen Reich muß geschaffen werden.“ Daß ähnliche Stimmungen föderalistischer Art auch in Württemberg und Hamburg vorhanden sind, darf man ohne weiteres voraussetzen.

Aber auch in Preußen ist der föderalistische Gedanke sicherlich nicht schlecht verankert, und die Möglichkeit, daß das Reich eingreifen könnte, wird wohl von allen Parteien unangenehm empfunden werden. Ob diese Empfindungen allerdings stark genug sein werden, um neben anderen Erwägungen bedeutendster Art eine tragfähige Mehrheit in Preußen herzustellen, das ist eine andere Frage. Ihre Lösung ist, wie wir schon in der verfloffenen Woche an dieser Stelle betonten, ganz ungewiss, ja vielleicht sogar unmöglich, wenn man dabei eben an jene Mehrheit denkt, die sich rein ziffernmäßig am meisten empfiehlt, an eine Mehrheit, gebildet von Nationalsozialisten und Zentrum.

Das ganze Problem läßt sich eben nicht allein vom preussischen Standpunkt aus lösen; es muß dabei auch die Reichspolitik berücksichtigt werden. Das heißt, daß auch der Reichskanzler, vielleicht auch der Reichspräsident selbst in dieser Angelegenheit ein gewichtiges Wort mitzureden haben werden.

Interessant ist die Tatsache, daß der preussische Innenminister Severing, also ein Sozialdemokrat, in einem Interview erklärt hat, daß sowohl innerhalb der Sozialdemokratie, wie innerhalb des Zentrums die Neigung gewachsen sei, nunmehr auch die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen. Allerdings denkt sich Severing eine solche Regierungsbeteiligung der NSDAP in Preußen und im Reich nur eben als eine Beteiligung, das heißt als eine Mitarbeit im Verein mit anderen Parteien, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Grundgesetze der Verfassung nicht verletzt werden, und daß ein irreparabler Schaden (vor allem in außenpolitischer Beziehung) nicht angerichtet wird.

Badischer Landtag

Die politische Debatte im Badischen Landtag stand in der verfloffenen Woche ganz und gar im Zeichen der Auseinandersetzung der Regierung und der die Regierung bildenden Parteien mit dem Nationalsozialismus. Eine besondere Note erhielt diese Auseinandersetzung dadurch, daß sich die badische Regierung gezwungen sah, ganz besonders strenge Maßnahmen gegen solche Beamte teils zu ergreifen, teils anzudrohen, die in eklatanter Weise ihre Treuepflichten gegenüber dem Staat außer acht gelassen hatten oder noch außer acht lassen, indem sie sich nationalsozialistisch betätigten.

Staatspräsident Dr. Schmitt hat eine ganz genaue Interpretierung dessen gegeben, was die badische Regierung unter einer solchen Betätigung versteht. Die Frage, ob schon allein die Mitgliedschaft eines Beamten in der nationalsozialistischen Partei eine Verletzung der Amtspflichten darstellt, ist bereits durch Spruch des Staatsgerichtshofs geklärt. Die badische Regierung geht jedenfalls von der Ansicht aus, daß die NSDAP eine illegale Bewegung ist, und daß deshalb grundsätzlich die Mitgliedschaft mit den Pflichten eines Beamten unvereinbar sei. Ein Einschreiten erklärte die Regierung aber davon abhängig zu machen, wie sich die Rechtsprechung auf diesem Gebiet entwickelt.

Die Rede des Staatspräsidenten Dr. Schmitt hat zweifellos allenthalben den gewünschten Eindruck gemacht, und zwar auch bei den Nationalsozialisten. Denn die ganze Rede des Führers der nationalsozialistischen Landtagsfraktion war geleitet von dem Bestreben, die Legalität seiner Partei nachzuweisen, um so die Voraussetzungen für ein Eingreifen der Regierung gegen Beamte hinfällig zu machen. Das ist immerhin schon ein Erfolg, wenn auch die Darlegungen des nationalsozialistischen Sprechers an der Überzeugung der badischen Regierung von der Illegalität der nationalsozialistischen Bewegung nichts ändern werden.

Diese Illegalität ist nach badischer Auffassung für die Vergangenheit und Gegenwart festgestellt. Ob sie auch für alle Zukunft festzustellen sein wird, das ist eine andere Frage. So hat denn auch in der gestrigen Landtagsführung der Parteichef des badischen Zentrums, der Abg. Dr. Föhr (auf dessen Rede wir noch später zurückkommen werden), zum Schluß seiner Ausführungen betont, der Kurs der Bekämpfung der NSDAP müsse fortgesetzt werden, solange der begründete Verdacht bestehe, daß diese Partei illegal sei. Wenn sich aber die NSDAP verfassungstreu betätigt und sich zur sachlichen Mitarbeit entschließen, dann würde die Sachlage eine ganz andere sein. Bei der NSDAP selbst liegt jetzt die Entscheidung.

Nach den Länderwahlen

Severing über die Preußenfrage

Unter der Überschrift: „Der Weg der Pflicht. — Bemerkungen zur Preußenfrage“, schreibt der preussische Innenminister im „Vorwärts“:

„Die alte Regierung gibt dem neuen Landtag zum frühesten Termin Gelegenheit, seine Arbeitsfähigkeit zu zeigen. Sie kann aber selbstverständlich auch nicht den Landtag in eine Zwangslage versetzen, indem sie ohne ordnungsmäßige Abklärung eigenmächtig ihren Platz verläßt. Was für die Regierung gilt, das gilt ähnlich auch für die Sozialdemokratische Partei. Sie hat den stärksten Wunsch, sich einmal von der Last der Regierung erholen zu dürfen; aber sie vergißt nicht, was sie dem Staat und dem Volk schuldig ist. Insbesondere kann es nicht ihre Absicht sein, das Zentrum in der Freiheit seiner Entschlüsse irgendwie zu beengen. Vielleicht wird sie einmal gegen das Zentrum schwere Vorwürfe erheben müssen, wenn es den Nationalsozialisten ohne ausreichende Vorkehrungsmaßnahmen einen Anteil an der Regierung überläßt. Sie darf sich also selber nicht dem Vorwurf aussetzen, sie hätte durch ungebildiges Drängen das Zentrum zu verhängnisvollen Entschlüssen genötigt.“

Ausschaltung des Zentrums in Württemberg?

Wie das leitende Organ des württembergischen Zentrums, das „Deutsche Volkswort“, meldet, sollen die Nationalsozialisten bereits eifrig mit den bürgerlichen Parteien des neuen Landtages über eine Regierungsbildung verhandeln mit dem Ziele, das Zentrum aus der Mitwirkung in der Regierung auszuschalten und damit eine „evangelisch-betonte“ Mehrheit zustandezubringen.

Eine Koalition zwischen Nationalsozialisten, Bauernbund, Deutschnationalen, Christlichsozialer Volksdienst und Demokraten würde eine Mehrheit von 42 unter 80 Mandaten ergeben. Die Deutschnationalen, der Bauernbund und der Christl.-Sozialer Volksdienst scheinen für eine solche Regelung zu haben zu sein. Jedoch ergeben sich bei den Demokraten Schwierigkeiten.

Die neue Hamburger Bürgerkraft ist zu ihrer ersten Sitzung auf Mittwoch, den 11. Mai d. J. einberufen.

Kleine Chronik

In Augsburg wurde der bisherige Aufsicht des Städtischen Maximilianmuseums, Dr. Ohlenroth, und sein wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Gammeter, verhaftet. Gegen die beiden schwebte schon seit längerer Zeit ein Disziplinarverfahren; inzwischen haben sich die Verdachtsmomente, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, verstärkt.

In Gilsdorf (bei Rüterbog) wurde der aus Bayern stammende 20 Jahre alte Melzer Wöl wegen vorbereitender Handlung zum Hochverrat, er soll entsprechende Schriften unter Reichswehrsoldaten verbreitet haben, verhaftet.

Der frühere Separatist Fischer in Rohrbach (bei Landau) hat seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Er soll Wechselfeldungen in Höhe von 16 000 RM. begangen haben.

Funktionieren Ihre Nieren?
Trinken Sie mal einige Zeit
Überkingler
Adelheidquelle
dann kann's nimmer fehlen. Sie bekommen sie überall. Den interessantesten Prospekt mit den frappanten ärztl. Gutachten schickt Ihnen kostenlos die
Mineralbrunnen A.-G.
Bad Überkingen



Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Badischer Teil

Das Vorgehen der bad. Regierung gegen nat.-soz. Beamte gerechtfertigt

Der Staatsgerichtshof lehnt einen Antrag der nationalsozialistischen Partei, Ortsgruppe Baden, und der nationalsozialistischen Landtagsfraktion ab.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Am heutigen 30. April ist aus Leipzig die Mitteilung eingetroffen, daß der Staatsgerichtshof den Antrag der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Baden, sowie den Antrag der nationalsozialistischen Landtagsfraktion

abgelehnt hat, der dahin lautet, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, nach welcher der badische Regierung untersagt wird, die Strafen auszuführen, welche sie durch Erklärung des badischen Staatspräsidenten im Badischen Landtag am 14. April 1932 angeordnet hat, soweit diese Erklärung sich gegen Beamte richtet, welche der nationalsozialistischen Partei angehören.

Der Staatsgerichtshof hat diesen Beschluß gefaßt, ohne von der badischen Regierung noch besonderes Material zu erbitten. Die eigenen Angaben der Antragsteller genügt ihm vollkommen, um die nationalsozialistischen Anträge abzulehnen. Er erklärte, den Antragstellern fehle die Sachbefugnis, in diesem Verfahren als Parteien aufzutreten.

Die wörtliche Urteilsbegründung wird noch veröffentlicht.

A.-S.-Versammlungsverbot in Karlsruhe

Unter dieser Überschrift teilt der „Führer“ in seiner Folge 104 vom 30. April mit, daß die auf 28. April in dem Festhalle in Karlsruhe anberaumt genehmigte nationalsozialistische Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Kasse aus Sornau in der Nieder-Raußig über das Thema: „Die Preußenwahlen“ sprechen sollte, von der Polizeibehörde verboten worden sei.

Das ist, wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, unrichtig. Verboten wurde lediglich das Auftreten des Abg. Kasse, weil er in einer nationalsozialistischen Versammlung in Heidelberg Minister beschimpfte und beleidigte. Dieser Vorgang führte in Heidelberg zur Auflösung der dortigen Versammlung. Die Einberufer hatten die Möglichkeit, rechtzeitig Ersatzredner zu stellen. Als solche waren der Polizeibehörde auch bereits genannt worden der Reichstagsabgeordnete Napp, Karlsruhe, und der Landtagsabgeordnete Schmitt, Bretten. Zugleich war schon früher als nächster Redner nach Kasse vorgesehen Kemper, Karlsruhe. Die Versammlung konnte also sehr wohl stattfinden.

Statt dessen hat die Ortsgruppe Karlsruhe der NSDAP, nach der Mitteilung des „Führer“, die Versammlung einfach ausfallen lassen, weil sie nicht mehr in der Lage gewesen sei, ihre Parteigenossen von dem Redeverbot gegen Kasse zu unterrichten.

Das ist Sache der NSDAP. Unwahr ist jedoch, wie schon oben bemerkt, daß die Polizeibehörde die Versammlung verboten hat.

Abbruch der großen Aussprache im Landtag

Mikrausenanträge abgelehnt
23. Sitzung.
D. B. Karlsruhe, 29. April.

In der Nachmittags-Sitzung geht Innenminister Maier

auf verschiedene in der Debatte aufgeworfene Fragen ein. Es liege kein Anlaß vor, die Weinheimer Polizei zu tadeln. Sie habe sich keine Übergriffe zu Schulden kommen lassen. Andererseits wäre es besser gewesen, wenn die Nationalsozialisten auf den früheren Lichtführer Neumann als Rednerflamensherd verzichtet hätten. Der Minister beschäftigt sich dann mit den kommunistischen Agitationsmethoden, von häufigen Zwischenrufen der Kommunisten begleitet. Mit einem Streik werde man für die armen Textilarbeiter im Wiesental bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nichts herausholen. Die kommunistische Aktion soll getrieben werden bis zur gewalttätigen Auseinandersetzung. So geschehe es seit einem Jahre. Der Minister belegt diese Auffassung mit Auslassungen aus dem kommunistischen Lager. Solange die Kommunisten den bewaffneten Aufruf propagieren, würden sie die Staatsgewalt gegen sich finden. Die Polizei werde mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen, daß die Sicherheit und Freiheit des einzelnen gegen Terror geschützt sind. Unter diesem Gesichtspunkt bleiben auch die Redeverbote aufrecht erhalten und werden Demonstrationen zu Zweckzwecken unmöglich gemacht.

Die zweite Rednerreihe wird vom Chef der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Föhr, eröffnet.

Er bedauert gegenüber den Demokraten, daß bei der gegenwärtigen gespannten Situation immer wieder gegenseitige Auseinandersetzungen erfolgen. (Abg. Dr. Volkhard: Der Abg. Rüdert hat angefangen!) Die oppositionelle Haltung der demokratischen Fraktion entspreche nicht den staatspolitischen Bedürfnissen. Das Gesamtkabinett verdiene an Anerkennung. (Wahol bei der Mehrheit.) Die Koalitionsregierung habe fruchtbar zusammengearbeitet und sie könne auf diese Aussprache mit dem Gefühl zurückblicken, daß auch die Opposition, so scharf sie gewesen sein mag, nichts Konkretes vorbringen konnte, wie man die Gesamtpolitik anders hätte aufziehen können. Wir anerkennen die Geschlossenheit und Zielfähigkeit des politischen Willens der badischen Regierung, wir anerkennen die Sauberkeit in der Verwaltung des Landes Baden. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Koalition arbeitet ohne Schwierigkeiten zusammen nach den alten Grundgedanken. Es gilt jetzt, Staatspolitik zu treiben. Eine Parteidiktatur lehnen wir ab.

Auch wir geben uns hinsichtlich des Staats keinen Illusionen hin. Wir vom Zentrum haben immer so gehandelt und Sparmaßnahmen angetragen, die leider nicht immer das Gehör der Mehrheit gefunden haben. Die Deutsche Volkspartei hat uns seit Jahren darin unterstützt und ich freue mich deshalb über die Übernahme des Finanzministeriums durch Herrn Dr. Matthes.

Der Redner setzt sich dann mit den Nationalsozialisten wegen ihrer Angriffe auf das „System“ auseinander. Bei der Reichspräsidentenwahl hätten sich die kathol. Organisationen und sonstige weite Kreise des deutschen Volkes aus staatspolitischen Erwägungen auf die Seite Hindenburgs gestellt, weil es galt, eine große Gefahr abzuwenden. Der Zentrumssturm sei von den Nationalsozialisten nicht erschüttert worden. In einer Polemik gegen die Deutschnationalen, kommt Dr. Föhr auf die November-Ereignisse von 1918 zu sprechen. Es sei abwegig, dem Zentrum wegen seiner damaligen Haltung Rang an Grundsatzkreise vorzumerken. Der Großherzog selbst habe die Bahn frei gemacht, die es dem Zentrum ermöglichte, in die vorläufige Volksregierung hineingezogen.

Der Redner verweist auf der Seite der Nationalsozialisten die ritterliche Kampfesweise. Er sagt: „Wenn Sie mit Ihren Methoden, die Straße zu erobern, fortzufahren und die Autorität weiterhin untergraben, so kann der Tag kommen, wo Sie dies selbst bedauern werden, der Tag, an dem die Saat aufgeht, die Sie gesät haben!“ Ihre Liebe zur Kirche hätte die Rechte durch die Tat beweisen sollen, indem sie dem Zentrumsantrag, betreffend die Pfarranrufungszuschüsse, zustimmten.

Der Redner schließt seine fast zweistündige Rede mit den Worten: Wir werden die Schwere der Zeit nur meistern können, wenn es gelingt, die Vertrauensbasis für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Staat zu festigen.

Abg. Dr. Brähler (Dnt.) wendet sich gegen die Argumente, die von den Ministern und den Abgeordneten der Regierungsparteien gegen die Deutschnationalen ins Feld geführt worden seien.

Von den an den Youngplan geknüpften Erwartungen sei nichts eingetroffen. Engenberg habe davor gewarnt. Der Youngplan überdauere heute als das ungeheure Damoklesschwert über dem deutschen Volk. Man sollte einsehen, daß seine Annahme ein Fehler war. Daß Hindenburg den Youngplan unterzeichnet hat, sei der Grund, warum wir uns von ihm getrennt haben. (Zurufe aus den Reihen der Regierungsparteien.)

Zum Etat sagt Dr. Brähler, der Staat habe auf dem Rücken der Gemeinden seine Finanzen ausgedehnt. Durch eine marxistische Steuerpolitik habe man heimlich die Sozialisierung vorbereitet. Inseiner Kritik am Finanzminister sei sachlich gewesen; er aber sei persönlich geworden. Als Opposition lehne man es ab, dem Minister mit praktischen Vorschlägen unter die Arme zu greifen.

Der Redner mißbilligt die Maßnahme des Innenministers, durch die einem deutschnationalen Lehrer an der Polizeischule zu Heidelberg, der zehn Jahre zur Zufriedenheit seiner Behörde gewirkt hat, die Möglichkeit zur weiteren Unterrichtsverteilung an der Polizeischule genommen worden sei. Man soll doch die deutschnationale Gesinnung nicht identifizieren mit Staatsfeindlichkeit. Daß es mit unserer Wirtschaft so schlimm kommen mußte, habe Engenberg mit prophetischem Blick vorausgesehen. (Zurufe.) Die Anbringung des Bildnisses Hindenburgs an öffentlichen Gebäuden sei ein psychologischer Mißgriff gewesen. Man hätte auch die anderen Kandidaten am Mundfunk reden lassen sollen. Er, Dr. Brähler, habe Stiller gewählt im Hinblick auf die im Preussischen Landtag kurz zuvor erfolgte Anberkung der Geschäftsordnung. Die Sorge um die evangelische Kirche möge Dr. Föhr den Evangelischen überlassen. Das „Meine müde Hauslein“, wie man die Deutschnationalen benannt habe, werde um das als richtig Erkannte kämpfen unter der Devise: Deutschland und frei!

Abg. Marzloff (Soz.) spricht der Regierung Dank und Anerkennung aus für das, was sie bisher geleistet hat. In keinem anderen Lande und von keiner Seite sei gezeigt worden, wie man es hätte besser machen können. Die Saat der Verheerung beginne aufzugehen. Verantwortlich für unser Elend sei das verkehrte ökonomische System in aller Welt, nicht die deutsche Republik. Der Erfolg der Nationalsozialisten beruhe auf ihrer Agitation. Durch den agrarpolitischen Apparat sei der Beweis der Illegalität der NSDAP erbracht worden. (Widerpruch des Abg. Köhler.)

Der Redner setzt sich dann in längeren Ausführungen mit dem Nationalsozialismus und den Deutschnationalen sowie mit den Kommunisten auseinander. Es geht dabei in Laufe zeitweise recht lebhaft zu.

Die Redezeit ist erschöpft. Im Schlusswort spricht nur der Abg. Bod (Komm.), die anderen Antragsteller und Interpellanten wie auch der Berichterstatter verzichten.

Es folgt

Die Abstimmung

Der gesamte Haushalt des Staatsministeriums wird gegen 8 Stimmen (der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten) genehmigt.

Alle zum Etat gestellten Anträge der Opposition werden abgelehnt.

Die Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium und gegen den Innenminister Waier persönlich, fallen mit allen gegen 8 Stimmen der Opposition, bei 2 Stimmenthaltungen (Evang. Volksdienst).

Die Laubstreu

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über die Anträge, betreffend Abgabe von Laubstreu, und empfiehlt folgenden Antrag Dr. Föhr (Ztr.) anzunehmen:

„Die Regierung wird ersucht, die Forstverwaltung anzuweisen, die Nutzung von Laubstreu aus den Staatswäldern sowie aus den Gemeindeforsten ohne Kürzung des Hiebssahes im Wirtschaftsjahr 1932 in ausreichendem Maße und zu mäßigen Preisen zu genehmigen.“

Damit sind die Anträge der Abgeordneten Heimmann (Ztr.) und Hagin (Natsoz.) erledigt.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Köhler (Natsoz.) und des Berichterstatters, wird der Ausschuhsantrag gegen drei kommunistische Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 3. Mai, vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Grund- und Gewerbesteuergesetz, Justizetat. — Schluß 20.30 Uhr.

Verabschiedung

des Grund- und Gewerbesteuergesetzes

Der Haushaltsausschuß hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes verabschiedet. Angenommen wurde noch ein staatsparteilicher Antrag, auch künftig bei offenen Handelsgesellschaften u. dgl. die einzelnen Gesellschafter und nicht die Gesellschaften als solche zu veranlagen. In der Gesamtstimmabstimmung wurde das Gesetz mit 13 Stimmen bei zwei Enthaltungen der Staatspartei und der Wirtschaftspartei angenommen. Auf eine zweite Lesung im Auschuß wurde verzichtet. Die Beratung des Gesetzes in der Volkskammer findet am kommenden Dienstag statt.

Aus den Parteien

Landtagsabg. Kösch in Lorrach, begehrt am 1. Mai sein 50jähriges Berufsjubiläum als Schriftsetzer. Seit 1893 ist er in der Kaiser Universitätsdruckerei Reinhardt tätig, nachdem er die Jahre zuvor in größeren Buchdruckereien in Norddeutschland und Süddeutschland in Stellung war. Seit 1890 gehört er der Sozialdemokratischen Fraktion des Badischen Landtags an.

Das Befinden des Abg. Rufbaum, der übrigens nicht, anfangs der 50er, sondern anfangs der 40er Jahre steht, hat sich erfreulicherweise etwas gebessert. Allerdings ist sein Krankheitszustand noch wie vor ernst. Es liegt ein schwerer Nerven zusammenbruch vor, der äußerste Schonung bedingt.

Aus der Landeshauptstadt

Eine neue Rundgebung zur Bierpreisfrage. Zu einer öffentlichen Versammlung hatte am Donnerstagnachmittag um 2 Uhr der Badische Gastwirtsverband seine Mitglieder aus dem Lande in die „Eintracht“ in Karlsruhe einberufen. Auf der Tagesordnung stand wiederum die Bierpreisfrage, über die der Verbandsvorsitzende Knobel ausführlich referierte. Zum Beweis der Notlage im Wirteberuf stellte er fest, daß das deutsche Gastwirtsgerber mit einer Viertelmilliarde Reichsmark an die Brauindustrie verschuldet sei. — Es wurde einstimmig eine Entschädigung angenommen, in der mit Entschiedenheit festgelegt wird, daß der Versuch gemacht wurde, die Wirte als Preistreiber hinzustellen, während der eigene Gestehungspreis für Bier in Baden nicht nur weit über dem Reichsdurchschnitt liege, sondern durch Zuschläge aller Art bei einem großen Teil der Abnehmer ganz aus dem Rahmen falle. Es wird weiter betont, daß die Versammlung sich geschlossen hinter die von großer Sachkenntnis getragene, unparteiliche Entscheidung des Ministers des Innern stelle und erwartet, daß die maßgebenden Behörden den Eingriffen der Zentralstelle der badischen Brauindustrie unter denselben rein sachlichen Gesichtspunkten gegenüberstehen, welche bei den Schlussverhandlungen über die Bierpreisregelung in erfreulicher Weise dazu beigetragen haben, endlich wieder Ruhe in die Reihen des schwer darniederliegenden Berufszweigs des Gastwirtsgerberes zu bringen.

Zum 5. Neubau-Bazar der Evang. Diakonissenanstalt. Wer in den letzten Wochen nach der Gartenstadt Kuppurr seine Schritte gelenkt hat, der wird wohl mit Staunen und Freude den vollendeten Neubau des neuen Mutter- und Krankenhauses der Evang. Diakonissenanstalt geschaut haben. Das große Bauwerk breitet in seinen ganz nach Süden gelagerten Fronten weit seine Arme aus: Behandlungsbau im äußersten Westen (mit Operationssälen, Poliklinik, Röntgenstation, Apotheke usw.), Krankenhaus mit Fenstern und durchlaufenden Balkonen, völlig der Sonne offen, und im Osten abschließend Mutterhaus in quadratischer Flügelführung mit nach Norden vorgebautem Speisesaal- und Kapellenbau. Die Gesamtgestaltung ist eine überzeugende Befähigung dafür, wie bedeutend und wohlbedacht der Plan Professor von Teufels war und wie sinnvoll, ruhig und zielbewußt seine Vauktion im Zusammenwirken mit Bauführer Duttel diesem Plan Gestalt gegeben hat. Für rund 450 Erwerbslose konnte hier in großzügiger Weise Arbeit beschafft werden. Seit Beginn des Baues (September vorigen Jahres) wurde in den einzelnen Abschnitten Arbeit vergeben an 38 Meister und Unternehmer, darunter 35 Karlsruher, und es wurde in den etwa 7 Monaten des Baubetriebes eine jeweils gleichzeitige Arbeiterzahl von durchschnittlich 110 bis 115 Mann beschäftigt. Diese Arbeiter haben Reineinkünfte im Gesamtbetrag von etwa 80 Proz. des ganzen Bauaufwandes empfangen. Die innere Ausgestaltung des nunmehr Vollendeten aber wird noch viel Mühe und Mittel erfordern, besonders auch im Hinblick auf die technischen und hygienischen Einrichtungen. Wenn in diesen Tagen, am Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Mai, diese Werbung für die Vollendung des großen Planes in Gestalt des 5. Neubau-Bazars wieder erfolgt, und das Mutterhaus dazu in seine Räume, Sofienstr. 55, am Montag, von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr, und Dienstag von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr, einlädt, so ist dabei daran gedacht, den Ertrag gerade dieses Bazars dem zukünftigen Neubaugarten dienbar zu machen. Dieser soll ja vielen Kranken eine Stätte der Erquickung und neuen Hoffnung werden und soll in seinem Nutzen für die Anstalt eine wirtschaftliche Hilfe bedeuten. Es sei auch noch besonders aufmerksam gemacht auf die kirchenmusikalische Abendfeier, die dem Bazarunternehmen den stillen, weisevollen Ausklang geben soll unter den beiden Leitworten: „Des Erdengartens Schönheit“ und „Des Gottesgartens Licht“ und unter Mitwirkung von Fräulein Lulu Dörner (Geige), Frau Barrer Siegler (Sopran), Herrn Barrer Mondon (Bass), Herrn Barrer Siegler (Tenor), Herrn Walter Füh (Orgel) und des Schwesternchors, unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Djerunian. Nächste über Jurierung, Verlauf und Ergebnis dieses Neubaugarten-Bazars das Wort der Schrift als helle Sonne leuchten: „Wohltun ist wie ein angelegter Garten!“

Badisches Landestheater. Es sei darauf hingewiesen daß die mit so außerordentlichem Beifall aufgenommenen „Wilhelm-Buch-Morgenfeier“, um ungezählten Wünschen und Anfragen entgegenzukommen, am Sonntag, den 1. Mai (Beginn 11.15 Uhr), mit dem gleichen Programm wiederholt wird. Intendant Dr. Carl Hagemann hat sich auch für diese Veranstaltung wieder zur Verfügung gestellt. — Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Vor Sonnenaufgang“ gelangt am Montag, den 2. Mai, zur dritten Aufführung. Am Dienstag, den 3. Mai, folgt eine Wiederholung der Operette „Sommer von ein“, und am Mittwoch, den 4. Mai, geht das neuinstudierte Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ von Björnson zum zweitenmal in Szene. In der Oper erscheinen Wiederholungen von Wagners „Tristan und Isolde“ am Himmelfahrtstag, Donnerstag, den 5., und die Operette „Cocacchio“ von Suppé am Freitag, den 6., ferner am Sonntag, den 8. Mai, als Nachmittagsvorstellung das Singspiel „Im weißen Rößl“ und abends Verdis „Rigoletto“. — Goethes „Faust“ kommt mit dem 1. Teil am Samstag, dem 7., und mit dem 2. Teil am Montag, den 9. Mai, auf vielfaches Verlangen zur Wiederholung. Die Rolle des „Mephisto“ spielt diesmal Stefan Dahlen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Unter dem Einfluß der im Westen liegenden Hochs, die sich seit gestern etwas nach Süden verlagert hat, behielten wir zeitweise wolfiges Wetter. Die Temperaturen stiegen wiederum in den Nachmittagsstunden stark an, stellenweise ging vorübergehend auch leichter Regen nieder. Die allgemeine Wetterlage ist noch unbeständig geblieben, weshalb auch morgen mit veränderlichem Wetter zu rechnen ist. Wettervoraussage für Sonntag, den 1. Mai. Fortdauer der veränderlichen Witterung und höchstens leichter Regen, anhaltend mild.

Wasserstände: Badshut 229 plus 9, Basel 21 plus 1, Schwanstein 80 unv., Rehl 230 plus 3, Raxau 389 minus 4, Mannheim 260 minus 8, Caub 180 minus 6.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 24) enthält das vom Landtag kürzlich genehmigte Gesetz wegen Übernahme einer Ausfallgarantie des Landes Baden für Lieferungs-geschäfte nach Rußland und eine Verordnung des Ministers des Innern zum Gebammenwesen.

D. Mannheim, 29. April. Die nähere Untersuchung des gefrigen Bombenfundes am Mannheimer Rheinfal hat ergeben, daß es sich um eine verrostete Flügelmine handelt, die noch die Ladung enthält. Solche und ähnliche Funde werden in unserer Umgebung übrigens öfter gemacht; es dürfte sich also wohl doch um Kriegsstücke handeln.

Hd. Mosbach, 30. April. Vor dem Schöffengericht fand die Verhandlung in der Strafsache gegen den Mühlenerbesitzer Gustav Hoff in Lengentrieden wegen Bilanzfälschung statt. Dem Angeklagten wird als früherer Direktor der Zentrale landwirtschaftlicher Lagerhäuser in Tauberbischofsheim eine Bilanzverschleierung in Höhe von mehreren 100 000 RM zur Last gelegt. Der Angeklagte erklärte bei seiner Vernehmung, er müsse jegliche Schuld bestreiten, denn er habe nie in täuschender Absicht, sondern immer nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Nach dreitägiger Verhandlung wurde am Freitagnachmittag das Urteil gefällt. Es lautete auf sechs Wochen Gefängnis und 200 RM Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Hd. Offenburg, 30. April. Am 6. Mai haben sich hier mehrere Angestellte des früheren Kieferischen Betriebes wegen umfangreicher Spritdiebstehereien zu verantworten. Die Verhandlung wird vier Tage dauern. Außerdem findet am 18. Mai die Verhandlung gegen den früheren Bezirksarzt von Rehl und früheren Chefarzt des Kehler Krankenhauses, Dr. Merk, wegen Abtreibung und Sterilmachung statt. Die Verhandlung wird 14 Tage in Anspruch nehmen. Es sind 100 Zeugen geladen.

Hd. Freiburg, 29. April. Der aus dem Weltkrieg bekannte Heerführer General der Artillerie a. D. von Gallwitz, kann am 2. Mai seinen 80. Geburtstag begehen. Der Jubilar war vor einiger Zeit schwer erkrankt, befindet sich aber jetzt wieder auf dem Wege der Genesung.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	30. April		29. April	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	170.63	170.97	170.63	170.97
Kopenhagen 100 Kr.	84.37	84.53	84.67	84.83
Italien . . . 100 L.	21.63	21.67	21.63	21.67
London . . . 1 Pf.	15.37	15.41	15.41	15.45
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.575	16.615	16.575	16.615
Schweiz . . . 100 Fr.	81.67	81.83	81.73	81.89
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.02
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die steuerfreie Reichsbahnleihe 1931. Bis zum 25. April 1932 einschließlich, wurden insgesamt 248,4 Millionen Reichsmark steuerfreie Reichsbahnleihe gezeichnet. Davon sind bis zum gleichen Zeitpunkt 135,0 Millionen Reichsmark eingezahlt worden, das sind insgesamt 54,3 Proz. des Zeichnungsbetrages.

Die Senkung des Weizenzolles. Die Verordnung der Reichsregierung, durch welche der Weizen Zoll für 15 Proz. der Gesamtmenge, die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 von denjenigen Mühlen vermahlen wurden, die überhaupt Auslandsweizen verarbeitet haben, auf 18 RM je Doppelzentner ermäßigt wird, tritt am 1. Mai 1932 in Kraft und gilt bis 30. Juni 1932.

Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Sparsassen- und Giroverbandes findet am Mittwoch, den 4. Mai, in Konstanz statt. Auf der Tagesordnung steht neben der Regularien ein Vortrag des geschäftsführenden Direktors, Dr. Weis, Mannheim, über „Spar-Lebensversicherung“. Die Verhandlungen finden im Hotel-Hotel statt. Anschließend erfolgt auf Einladung der Stadt und der städtischen Sparkasse Konstanz eine Rundfahrt auf dem Bodensee mit Sonderdampfer. Für Donnerstag, den 5. Mai (Christi Himmelfahrt), ist eine Dampferfahrt in den Überlinger See vorgesehen.

Grün & Bissinger AG, Mannheim. Der Aufsichtsrat, der auf den kommenden Samstag einberufen ist, wird die Verteilung einer Dividende von wieder 15 Prozent vorschlagen.

Die Schulden des Burbach-Konzerns. Mit Rücksicht auf die erit jetzt bekanntgemachte Schuldenlast des Burbach-Konzerns, die, wie die Kursentwicklung zeigt, zu einer Verunruhigung der Aktionäre geführt hat, hat sich in Hannover eine Schutzvereinigung der Aktionäre zwecks gemeinsamen Vorgehens gebildet.

Der Holzverbrauch in der Schweiz. Der schweizerische Holzverbrauch belief sich 1930 auf 3 930 000 m³; 72 Prozent dieses Holzes waren einheimischer Produktion, während 28 Prozent eingeführt wurden.

Bergmann Klasse 4
DIE Zigarette für Dich und für mich
In allen Packungen Bergmanns Bunte
Bilder und künstlerische Stickereien

5 Stück 20 ⚡

